

Die UdSSR gaukelte die Fiktion einer »Union freier Republiken« vor. Bei jedem Vorstoß nach Westen posaunte die Sowjetmacht die Befreiung von den Ausbeutern des Volkes, zugleich aber waren es ukrainische oder baltische Bauern, die in den an die UdSSR angeschlossenen Gebieten am längsten Widerstand leisteten. Sie waren resistenter gegen die Sowjetisierung als ihre städtischen Vettern und wurden von der Stalinschen Propaganda als »Faschisten« abgekanzelt. »Diese Geschichte ist keineswegs zu Ende«, meinte Cywinski lange vor dem Euromaidan in Kiew.

Osteuropa war im 19. Jahrhundert ebenso wenig homogen »russisch« wie im 20. homogen »sowjetisch«. Sowohl französische Historiker (Ambroise Jobert, Daniel Beauvois), als auch angelsächsische (Norman Davies, Timothy Snyder) oder deutsche (Klaus Zernack, Hans-Jürgen Bömelburg) betonen, dass die polnisch-litau-

ische Union zwar im 18. Jahrhundert der Dynamik des aufstrebenden russischen Imperiums unterlag, dabei jedoch eine eigenartige kulturelle und zivilisatorische Kraft hatte, die ihren Tod im 18. Jahrhundert überlebte. Der republikanische Impetus der »orangenen Revolution« in Kiew 2004 und des Euromaidan 2013/14 zehrte allerdings weniger von der alten *res publica* als – zeitverschoben – von der ostmitteleuropäischen Revolution des Jahres 1989. Sie begann auf der Danziger Lenin-Werft, wurde aber vom »guten Zar« Gorbatschow begünstigt. Dieser Revolution verweigert sich Putins Russland. Mit neoimperialen Allüren versucht es die gescheiterte wirtschaftliche Modernisierung des Landes zu kaschieren. Es verpasst damit nicht nur den Anschluss an den Westen, sondern auch eine Art russischsprachiges Commonwealth. Soft power hat die Putinsche Eurasische Union kaum.



Adam Krzemiński

ist seit 1973 Redakteur der Zeitschrift Polityka in Warschau.

Rudolf Traub-Merz/Felix Hett

Russlands Rolle in der Welt – Anspruch und Möglichkeiten

Russlands Verhalten im Ukraine-Konflikt gilt vielfach als Zäsur von epochalem Charakter. Ob die »größte Krise in den Ost-West-Beziehungen seit dem Mauerfall«, die »Rückkehr der Geopolitik«, die »dauerhafte Abkehr Russlands vom demokratischen Westen« oder »die völkerrechtliche Infragestellung der globalen Ordnung« konstatiert wird – die derzeitige russische Außenpolitik verlangt diesen Einschätzungen zufolge von der amerikanischen und europäischen Politik eine komplette Neu-

gewichtung der Beziehungen zu Moskau.

In der Tat lässt sich festhalten, dass Russlands Verhalten im Fall der Ukraine zwei Besonderheiten aufweist, die so im Westen nicht erwartet wurden: Statt wie sonst nur auf Ereignisse zu reagieren, übernahm die russische Außenpolitik schon im Vorfeld des Vilnius-Gipfels immer wieder die Initiative und nutzte mit Überraschungsmomenten die politische Lage aus. Und: Anders als früher war die bislang immer von einem kompromissbereiten

Machtpragmatismus geprägte russische Politik bereit, militärische Mittel anzudrohen und diese dosiert zur Vorteilsgewinnung einzusetzen.

Trotz der Abweichung von früheren Mustern in Reaktionsgeschwindigkeit und Mittelwahl ist es ansonsten völlig übertrieben, aus Russlands Vorgehen eine Bereitschaft zur aggressiven Veränderung der internationalen Ordnung abzuleiten, über militärische Besetzungen anderer Nachbarländer zu spekulieren und eine NATO-Aufrüstung zu fordern, um mit potenter militärischer Grenzsicherung ein Überschwappen eines vermeintlich Kalten Krieges in einen heißen Krieg zu verhindern.

Bei Moskaus außenpolitischen Eliten dominiert seit Längerem eine Erwartung in Bezug auf die künftige Ordnung der Welt, die sowohl als Analyseraster für das aktuelle Geschehen als auch als Zielbeschreibung der russischen Außenpolitik dient. Diese Weltsicht lässt sich verkürzt in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens: Vom Unilateralismus zur multipolaren Welt. Nach in Moskau herrschender Meinung befinden sich die USA als globaler Hegemon auf dem absteigenden Ast. Dabei handelt es sich nicht um einen Absturz, sondern ein graduelles Abgleiten. Das Ende der Unipolarität wird nicht durch eine UN-geprägte Gleichheit aller Staaten ersetzt, sondern durch eine multipolare Welt, in der eine kleine Gruppe von Großmächten das Sagen hat. Nur so kann eine globale Anarchie verhindert werden. Es ist der zentrale Anspruch der russischen Außenpolitik, auch in Zukunft einen dieser Pole des internationalen Systems zu bilden. Die Grundlage für diesen Anspruch bilden Stabilisierung und Wiederaufstieg des Landes nach den chaotischen 90er Jahren. Wladimir Putin, dem diese Leistung zugerechnet wird, meldete Russlands neue Rolle auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 an. Sein Nachfolger im Präsidentenamt, Dmitrij Medwedew, fasste dies

2008 bei anderer Gelegenheit in die Worte: »Russland ist jetzt ein Global Player«.

Zweitens: Bündnisse und autonome Machtbegründung. Russland kann in einer multipolaren Welt nur ein Pol mit Großmachtstatus sein, wenn sich dieser aus eigener politischer und militärischer Stärke begründet. Allianzen und Bündnisse mit anderen Polen werden zu eigenen Vorteilen eingegangen, sind aber nicht dauerhaft und dürfen nicht in strukturelle Abhängigkeiten führen. Auch die Zugehörigkeit zur BRICS-Gruppe ist kein Integrationsrahmen, sondern für Moskau letztlich ein defensives Bündnis zur Abwehr von US-Interessen. Das Völkerrecht wird instrumentalisiert zur Verteidigung der aus der Sowjetzeit geerbten Machtpositionen – insbesondere des Vetorechts im UN-Sicherheitsrat – und zur Abwehr von Einflüssen auf die »inneren Angelegenheiten«.

Drittens: Großmacht in der multipolaren Welt, Hegemon in der Region. In der neuen, multipolaren Welt sorgen die Großmächte in ihren jeweiligen »Hinterhöfen« für Ordnung. Dabei respektieren sie die Einflussphären der anderen Mächte. Russland muss auch deshalb als Großmacht in einer hierarchisch nachgeordneten Ebene gleichzeitig Integrationsmagnet sein. Der Anspruch auf Hegemonialstellung gilt in Anlehnung an das sowjetische Imperium für drei Regionen, nämlich Zentralasien, den Kaukasus sowie die ostslawischen »Bruderländer« Belarus und Ukraine. Ausgespart ist das Baltikum.

Der Dominanzanspruch begründet sich jeweils unterschiedlich. Er kommt aber in der aktuellen Politik meist auf drei Feldern zum Ausdruck: (a) Energiepolitik; (b) militärische Kooperation inkl. Waffenexporte; (c) Geschichte – Migration – Sprache. Mit der Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland und neuerdings der Eurasischen Wirtschaftsunion (EEU) ist der institutionelle Rahmen für diese Integration gesetzt. Russland hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass es die Ukraine

Ein Global Player gleitet ab

als Hauptziel seiner regionalen Integrationsanstrengungen sieht. Dass sich Moskau nicht frühzeitig gegen die östliche Partnerschaft der EU wehrte, war aus russischer Perspektive sein großes Versagen; dass die EU glaubte, Russland würde ohne große Reaktion einer Westorientierung der

Ukraine zusehen, war deren große Naivität.

Großmacht mit stagnierender Ökonomie

Russlands Selbstwahrnehmung als neuer Global Player nährte sich im letzten Jahrzehnt aus steigenden Energieeinnahmen, mit denen der militärische Apparat wieder aufgebaut und (Energie-)Subventionen an Nachbarn zur politischen Vorteilsnahme finanziert werden konnten. Die Aussichten auf weiter steigende Energieeinnahmen sind gering. Das vielkommentierte Gas-Abkommen mit China ist zwar welthandelshistorisch der größte Einzelvertrag; es schreibt aber Russlands Status als Exporteur unverarbeiteter Rohstoffe fest, produziert nun Kosten für ein neues, nach Osten gerichtetes Röhrennetzwerk und liegt im Umfang gerade mal bei knapp 25 % der russischen Lieferungen nach Europa. Die EU dürfte in Zukunft ihre Nachfrage nach russischer Energie reduzieren.

Ohne steigende Energieeinnahmen stagniert die Wirtschaft mit geringen Chancen auf Erholung. Die Verteilung von Staatseinnahmen wird künftig in der Rivalität von Rüstungsausgaben, Mitteln zur Modernisierung der zivilen Wirtschaft und Sozialausgaben vorgenommen.

Russland ist ein Vielvölkerstaat. Als solcher kann es seinen politisch-kulturellen Zusammenhalt nur multi-ethnisch oder eben territorial begründen. Für die (in korrekter Übersetzung) nicht Russische, sondern Russländische Föderation ist daher das Spiel mit ethnisch-russischem Nationalismus ein Spiel mit dem Feuer. Das Land ist überdies mit einem dramatischen Bevölkerungsrückgang konfrontiert, der sich insbesondere auf die russi-

sche Mehrheitsethnie auswirkt. Zurzeit stellen Russen noch knapp 80 % der Bevölkerung, während Minderheiten teilweise hohe Zuwächse verzeichnen. Die muslimische Bevölkerung wird ihren heutigen Anteil von rund 12 bis 14 % bis 2020 auf 20 bis 25 % verdoppeln.

Darüber hinaus schreitet im Nordkaukasus die Monoethnisierung voran, die russische Bevölkerung hat sich weitgehend aus Teilrepubliken wie Dagestan und Tschetschenien zurückgezogen. Der Griff nach der Krim, dessen Begründung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der besonderen Schutzverpflichtung für russische Minderheiten im Ausland sowie die Betonung der historischen Verwandtschaften der slawischen Völker in Russland, der Ukraine und in Belarus transformieren den überethnisch »russländischen« Integrationsrahmen in einen russisch-ethnischen bzw. panslawischen Nationalismus. Verfestigt sich diese Tendenz, wird dies Minderheiten im eigenen Land wie auch die Nachbarländer mit russischen Bevölkerungsgruppen weiter in Abwehrhaltung bringen. Der territoriale Zusammenhalt der Russländischen Föderation, aber auch die Eurasische Integration, werden so in Frage gestellt.

Der regionale Integrationsrahmen ist mit der gescheiterten Einbeziehung der Ukraine und dem panslawisch begründeten Griff nach ukrainischen Gebieten stark beschädigt, wenn nicht bereits obsolet. Zwar erfolgte die Unterzeichnung des eurasischen Wirtschaftsabkommens planmäßig, die Wirtschaftsunion (EEU) materialisiert sich zum 1. Januar 2015. Kasachstan, das über einen beträchtlichen russischen Bevölkerungsanteil verfügt, hat aber alle Pläne einer politischen Integration weit von sich gewiesen. Ursprüngliche Ziele der EEU wie die Integration der Energie- und Finanzmärkte wurden vertagt.

Eine Weltmacht ohne starke und wachsende Wirtschaft kann ihren globalen Anspruch nur politisch-militärisch begrün-

Künftige Rolle in der Weltpolitik

den und dies auch nur so lange, bis finanzielle Engpässe Schranken setzen. Russlands Anspruch, als autonomer Pol im Großmächtekoncert agieren zu können, wird sich ohne substanzielle, derzeit nicht erwartbare Erfolge in der Wirtschaftspolitik nur sicherheitspolitisch realisieren las-

sen. Selbst im Energiehandel steuert die Welt derzeit auf keine Situation zu, aus der besondere Machtstellungen wie einstmal für die OPEC hervorgehen könnten. Dass die USA künftig als bedeutsamer Flüssiggasexporteur auftreten können, dürfte Machtansprüche von reinen Energielieferanten mäßigen.

Ängste, dass Russland nach der Annexion der Krim auch nach anderen ehemaligen Gebieten der Sowjetunion, etwa Kasachstan oder gar den NATO-Mitgliedsstaaten im Baltikum, greifen könnte, sind übertrieben. Militärische Abenteuer dieser Art würden in allen Nachbarländern Russlands auf heftigsten Widerstand stoßen und regionalen Integrationsansprüchen den sofortigen Todesstoß versetzen. Russland wäre vollständig isoliert, würde von vielen Seiten mit Wirtschaftssanktionen belegt und in eine tiefe Wirtschaftsrezession stürzen. Eine Wiederholung der russischen Krisenpolitik à la Ostukraine ist nirgendwo erkennbar. Personen und Gruppen, die diese herbeireden, bedienen damit nur Eigeninteressen (nicht zuletzt an westlicher Aufrüstung).

Russland bleibt eine asymmetrische Macht, die ihren Anspruch auf eine globale Gestaltungsrolle de facto nur auf ihre Atomwaffenarsenale stützt. Damit zehrt Moskau weiterhin vom Erbe der Sowjetunion, bleibt jedoch in sicherheitspolitischen Fragen ein substanzieller Akteur. Zudem zeigt nicht zuletzt die Krise in der Ostukraine, dass das destruktive Potenzial des russischen außen- und sicherheitspolitischen Instrumentenkastens erheblich ist. Die Bereitschaft, diesen einzusetzen, steigt mit der Wahrnehmung, dass sub-

stanzielle Eigeninteressen massiv bedroht sind. Russische Interessen müssen bei der Gestaltung einer internationalen Friedensarchitektur einbezogen und berücksichtigt werden, soll in Friedens- und Konfliktfragen ein Konsens gefunden werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist Russland nicht einmal regionaler Hegemon, kann es doch Subventionen nur so lange verteilen, wie ihm Renten aus der Weltwirtschaft zufließen. Selbst abhängig von Einfuhren ist das Land kein Motor bei der Entwicklung neuer Technologien.

Westliche Gedankenspiele eines Rüstungswettlaufs um das Land »zur Räson« zu bringen, könnten Russland dramatisch destabilisieren, eine noch stärkere Ressourcenkonzentration auf den militärisch-industriellen Komplex bewirken und weitere zivilgesellschaftliche Errungenschaften beseitigen. Der Preis wäre eine internationale Konfliktstellung, in der nicht mehr Kooperation in Sicherheitsfragen sondern das gegenseitige Anheizen von Unsicherheiten der anderen Seite primäre Motivation von Außenpolitik wäre.

Russland hat die 90er Jahre als einen Abstieg auf der weltpolitischen Bühne wahrgenommen; aus russischer Sicht ist die Hauptintention der USA, seinen Wiederaufstieg zu verhindern. Trotz des zur Schau gestellten, teils überbordenden Selbstbewusstseins im russischen Auftreten spricht vieles dafür, dass Moskau in der eigenen Wahrnehmung auch in der Ukraine Rückzugsgefechte führt: Der Status der Supermacht im einstigen bipolaren System ist unwiederbringlich verloren, nun soll mindestens die Großmachttrolle in der Multipolarität erhalten bleiben. Dabei feiert der Kreml bestenfalls Scheinerfolge. In der Ukraine-Krise hat er sich in eine Sackgasse manövriert: Die enormen Kosten der Krim-Annexion sickern erst langsam in das Bewusstsein der Entscheidungsträger. Der patriotische Jubel über die »Heimholung« der Krim wird nicht lange über die weiter bestehenden sozialen Probleme der russi-

schen Regionen, den gewaltige Investitionsstau in der Infrastruktur und die nicht vom Fleck kommende Modernisierung der Wirtschaft hinwegtäuschen können. Darüber hinaus ist mit der Südostukraine unter tätiger russischer Mithilfe eine Zone der Instabilität direkt an der russischen Grenze entstanden, deren Übergreifen auf das russische Kernland nicht ausgeschlos-

sen erscheint. Aus westlicher Sicht und im wohlverstandenen Eigeninteresse muss es das Ziel der Außenpolitik sein, im Dialog mit Moskau einen für alle Seiten gesichtswahrenden Ausweg aus der Krise zu finden. Eine gemeinsame Stabilisierung der Situation in der Ukraine ist Voraussetzung dafür, dass Russland wieder zum Partner des Westens werden kann.



Rudolf Traub-Merz

leitet seit 2012 das Moskauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung.

rudolf.traub@fesmos.ru



Felix Hett

ist Russland-Referent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

felix.hett@fes.de

Gernot Erler

Russland, die Ukraine und der Westen: Autopsie einer Krise und ihrer Folgen

Drei Fragen stellen sich im Kontext der Ukraine-Krise, die längst zum ernsthaften Konflikt zwischen dem Westen und der Russischen Föderation seit dem Ende des Kalten Krieges geworden ist: Was ist passiert? Was wurde dabei zerstört? Und wo wollen wir politisch hin?

Als 2004 in Kiew die »Orangene Revolution« obsiegte, wollte die neue Führung mit Präsident Juschtschenko sofort das Land in die EU bringen. Das war aussichtslos. Die EU sagte aber nicht nur »Nein«, sondern bot als Ersatz eine Art Assoziierung an. Jahrelang wurde über ein entsprechendes Abkommen verhandelt, nach dem Scheitern der »Orangenen« seit 2010 mit dem neuen, prorussischen Präsidenten Viktor Janukowytsch. 2012 war der Vertragstext fertig. Aber die EU glaubte, für das Inkrafttreten des Abkommens etwas verlangen zu dürfen, vor allem die Freilassung der ehemaligen Premierministerin Julia Timoschenko – eine komplette Fehlkalkulation! Denn kurz vor dem EU-Gipfel in Vilnius im November 2013 verweigerte Präsident Janukowytsch die Unterschrift.

Er stand dabei unter russischem Druck. Erst sehr spät, im Frühjahr 2013, hatte die russische Führung eine ernsthafte Gefahr in dem Assoziierungsvertrag entdeckt, der mit einem umfassenden Freihandelsabkommen gekoppelt war. Konnte Kiew nach einer Unterschrift auch noch eine Rolle in der russisch-geführten Zollunion oder gar in Putins Lieblingsprojekt, der schließlich am 31. Mai 2014 auf die Schienen gesetzten »Eurasischen Wirtschaftsunion«, spielen? Kommissionspräsident Barroso antwortete plötzlich öffentlich mit »Nein« und stellte die Ukraine vor die Wahl: Entweder-oder.

Die Nichtunterschrift des ukrainischen Präsidenten löste Proteste aus. Vor allem Studierende beteiligten sich an zunächst friedlichen Straßenprotesten, die nach ihrer brutalen Niederknüppelung dann aber zu einem blutigen Systemkonflikt mutierten. Der »Euromaidan« wollte das ganze ukrainische politische System kippen: die Oligarchenherrschaft, die endemische Korruption, das Clansystem mit der kleptokratisch agierenden Janukowytsch-Familie